



# Informationen und Positionen

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

Im Internet: [www.linkes-buendnis-dortmund.de](http://www.linkes-buendnis-dortmund.de)  
c/o Oesterholzstraße 27 44145 Dortmund Tel: 0231.814709  
Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Schwarz auf Weiß - Informationen für Dortmunder/innen - Texte aus dem Internet von Linkes Bündnis Dortmund 08.06

## Sondersitzung des Rats am 10. August

*Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" festgehalten und kommentiert. Das offizielle Protokoll kann später in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.*

Der Rat der Stadt Dortmund war durch die CDU-Fraktion zu einer Sondersitzung veranlasst worden. Es ging einmal mehr um die ungeklärte Nutzung mehrerer Brachflächen in der City und an ihrem Rand, die mit dem Niedergang der Brauereien entstanden waren und bis jetzt liegen gelassen sind - unter ihnen das der Unionbrauerei mit dem bekannten und denkmalwürdigen "U". Es wurden die bekannten Positionen in der Sache ausgetauscht. Im Ergebnis wurde die Vorlage der Fraktionen von SPD und Grünen angenommen: Kauf des U-Turms für einen Euro und Absichtserklärung, ihn zu erhalten und darin ein Museum (unter Vernichten des Ostwall-Museums) einzurichten.

Wortmeldung: Als ich hörte, eine Sondersitzung des Rates sei einberufen, habe ich aufgeatmet.

Mein erster Gedanke: Endlich nimmt der Rat der Stadt Kenntnis von der Lage der Langzeitarbeitslosen, der Armen und Ausgegrenzten in der Stadt und beschließt ein soziales Sofortprogramm! Dazu liegt ja seit der "unerwarteten Entdeckung" von 50 Millionen Euro zusätzlicher Gewerbesteuer im vorigen Jahr ein Vorschlag des Linken Bündnis Dortmund vor. Dasselbe in diesem Jahr - wieder wurden 45 Millionen Euro "unerwartet entdeckt" und unser Vorschlag wurde erneuert. Der würde in einer Sondersitzung natürlich nicht durchgehen, aber vielleicht in Teilen, das wäre ja schon etwas. Gut: Der Rat bearbeitet ein wirkliches Problem von 80.000 Menschen, viele von ihnen verzweifelt - so mein erster Gedanke.

Mein zweiter Gedanke: Der Rat der Stadt nimmt endlich Kenntnis von der Lage der Jugend und ihrer für viele trostlosen Ausbildungssituation und beschließt ein ausbildungs- und bildungspolitisches Sofortprogramm! Auch dazu enthielt das vom Linken Bündnis Dortmund vorgelegte Sofortprogramm einen Vorschlag, sollte der jetzt etwa in einer Sondersitzung vom Rat aufgegriffen und umgesetzt werden? Gut: Der Rat bearbeitet ein wirkliches Problem der Jugendlichen in der Stadt, die um ihre Zukunft ringen und bangen, die auch die Zukunft der Stadt ist - so mein zweiter Gedanke.

Mein dritter Gedanke: Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis vom Krieg im Nahen Osten und positioniert sich mit einer Friedensresolution gegen ihn! Der Rat verlangt in einer Sondersitzung das sofortige Ende des Zerstörens, Mordens und Vertreibens, den schnellen Beginn von Lebensrettung, Wiedergutmachung und Wiederaufbau, das endliche Verhandeln zur Bildung eines selbständigen Staates Palästina und der Sicherung aller Staaten im Nahen Osten! Gut: Der Rat protestiert gegen einen wirklichen Krieg, der das Zeug zu einem Weltbrand in sich birgt - so mein dritter Gedanke.

Nichts von alledem - der Rat kommt zu einer Sondersitzung zusammen, um seine ganz normale Arbeit zu leisten, die andauernden und mal so oder mal anders gelagerten Probleme privater Grundstücksverwertung und öffentlicher Abstützung derselben zur Kenntnis zu nehmen und dazu ebenso andauernde und mal so oder mal anders angezielte Auseinandersetzungen zu führen. Um nicht missverstanden zu werden: Fragen der Entwicklung der Stadt und der sozialen und kulturellen Lage der in ihr lebenden Menschen gehören in die Arbeit der Vertretung der Bürgerschaft, ihre Beantwortung ist die ganz normale Arbeit des Rates, der Bezirksvertretungen, der Ausschüsse - eine Sondersitzung musste dafür nicht her.

Zumal Ihnen mit Bestimmtheit nicht mehr oder anderes oder gar besseres einfällt als in den normalen Sitzungen - weder verabschieden Sie sich von der gescheiterten Idee ewigen Wachstums im kränkelnden Kapitalismus noch nähern Sie sich den Schrumpfungsprozessen, in denen Stadt und Region stecken, auf eine soziale Art und Weise. Darin machen Sie untereinander keine wirklichen Unterscheidungen, weder die Fraktionen noch die Verwaltungsspitzen und der Oberbürgermeister - was Sie unterscheidet, sind taktische Mätzchen und strategische Kniffs zum Machterhalt oder zu deren Gewinn. Deshalb reden Sie auch wild gegeneinander an, können und wollen aber gleichzeitig in allen Kombinationen miteinander koalieren - es wird immer schwerer, zu unterscheiden, wofür Sie stehen oder sitzen. Bei Ihnen soziale, christliche, grüne oder liberale Prinzipien zu finden, erfordert kriminalistische Fähigkeiten, zumal Sie sich inzwischen gern mit den Federn der jeweils anderen Häuptlinge schmücken. Ihre öffentlich vorgetragenen Angriffe untereinander werden immer beliebiger und austauschbarer und haben wenig mit dem zu tun, was sie hinterrücks aushandeln. Eines nahen Tages wird niemand mehr wissen, warum das eine oder das andere wählen, mithin warum überhaupt noch wählen. Da nützen Ihnen weder Comedy-Auftritte im Sommerloch noch Sondersitzungen.

Die CDU liegt im Wettbewerb populistischer Schaustellerei zur Zeit zweifellos an der Spitze. Ihr Landesvorsitzender und jetzt Regierungschef in Düsseldorf sagt, die CDU sei keine "kapitalistische Partei" und sie müsse das Soziale in der Politik wiederentdecken - vorwärts zum Ahlener Programm? Das wäre ja mal etwas. Hier bei uns hat sie das Instrument des Bürgerbegehrens entdeckt - ausgerechnet die CDU will die Leute "draußen" etwas fragen! Da wüsste ich Themen, die die Menschen mehr interessieren als Ihr inszenierter Aufschrei zum Dortmunder "U" - die soziale und die Wohnungsfrage, die Ausbildungssituation, die Bundeswehr in aller Welt, die Abwehr des Neofaschismus. In keiner zentralen Frage haben Sie jemals ein Bürgerbegehren auch nur erwogen und werden das auch nie tun. Der billige Vorschlag im Sommerloch wurde ja auch genau so schnell wieder beiseite gelegt.

Die SPD hat ihr eigenes Sommertheater gespielt und dabei ein massives Regieproblem offenbart oder wie der Volksmund sagt: Viele Köche verderben den Brei. Wer ist denn nun der Hauptkoch dieses neoliberalen Kulturfrühstücks, dieses Tanzes um das hohe "U" - der Vorsitzende der Partei am Brüderweg, der Vorsitzende der Fraktion oder

doch noch der Vorsitzende des Rates und Chef der Verwaltung? Der kulturpolitische "Countdown" dazu war schon lange vor der Sondersitzung gezündet und wird auch nach ihr noch lange nachwirken - ein Schaulaufen für die sogenannten "besseren Kreise", für die Reichen und Mächtigeren, weitab von den hier real existierenden Menschen. Es ist leicht vorauszusagen - Ihnen wird es schwer fallen, Ihre große Familie, Ihre Mitglieder, Sympathisanten und WählerInnen weiter zusammen zu halten. Bodenhaftung wieder zu finden ist viel schwerer, als den Abflug in höhere Gefilde zu machen.

Zu der Problemstellung rund um das denkmalwerte "U" selbst habe ich für das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" nichts von dem zurückzunehmen oder ihm hinzuzufügen, was ich in der letzten Sitzung des Rates gesagt und zu Protokoll gegeben habe. Wenn Sie sich vornehmen, das noch einmal nachzulesen, kann ich mir das Zitieren ersparen. (Vgl. Informationen und Positionen 06.06)

Das Wichtigste in Kurzform: Landen Sie in der Gegenwart, versöhnen Sie sich mit dem Machbaren, beenden Sie endlich die Drohgebärde "3do", dann werden auch wieder angemessen dimensionierte private und öffentliche Investitionen in den wichtigsten Brachflächen der City gewagt werden können. Und beenden Sie das unsoziale, unchristliche, ungrüne und unliberale Spalten der Gesellschaft, für das das goldene "U" nur ein Beispiel ist, das aber über kurz oder lang dafür ein Symbol werden könnte.

Was Sie heute betreiben, fasste Heinrich Heine schon vor 150 Jahren in Verse:

"Hat man viel, so wird man bald  
Noch viel mehr dazu bekommen.  
Wer nur wenig hat, dem wird  
Auch das wenige genommen.  
Wenn Du aber gar nichts hast,  
Ach so lasse Dich begraben -  
Denn ein Recht zum Leben, Lump,  
Haben nur, die etwas haben."

Heine nannte dies den Weltlauf – es wird Zeit, den zu ändern!

Ergebnis: SPD und Grüne beschlossen den Ankauf des "U" für einen Euro, seinen Erhalt mit der Option, darin das Museum ein- und anzubauen, wenn es dafür Landesmittel gibt, sonst? Linkes Bündnis Dortmund: Ablehnung

Aus aktuellem Anlass beriet und beschloss der Rat einstimmig die folgende

#### Resolution

für den Erhalt der Arbeitsplätze von Allianz Versicherung, Dresdner Bank und Commerzbank in Dortmund

Der Rat der Stadt Dortmund solidarisiert sich mit den Beschäftigten der Allianz Deutschland AG, der Dresdner Bank AG und der Commerzbank AG und unterstützt ihren Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Der Rat fordert die Vorstände der Allianz Deutschland AG, der Dresdner Bank AG und der Commerzbank AG auf, vom Abbau von Arbeitsplätzen in Dortmund abzusehen.

Der Rat appelliert an die Landesregierung, sich weiterhin für den Dienstleistungsstandort Nordrhein-Westfalen einzusetzen, damit nicht ein Standort gegen den anderen ausgespielt wird. Der Rat bittet den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Gerhard Langemeyer, und den Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Dortmund, Herrn Udo Mager, sich auch weiterhin für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der

Allianz Private Krankenversicherung, der Dresdner Bank AG und der Commerzbank AG einzusetzen.

Begründung:

Medienberichten zufolge sollen in Dortmund durch Umstrukturierungsmaßnahmen der Allianz, Dresdner Bank und Commerzbank ca. 900 Arbeitsplätze wegfallen.

Nicht nur das Schicksal hunderter Familien ist zu berücksichtigen, sondern auch der Wegfall von Steuereinnahmen, ein Verlust der Kaufkraft sowie eine Mehrbelastung des Sozialbudgets sind negative Auswirkungen der Vernichtung dieser Arbeitsplätze.

Vor diesem Hintergrund steht die Politik und die Verwaltung der Stadt Dortmund in der Pflicht, alles denkbar Mögliche zu veranlassen, dass diese Arbeitsplätze erhalten bleiben und der Standort Dortmund gesichert wird.

Schon am 5. Juli hatte das Linke Bündnis Dortmund den Beschäftigten bei Allianz eine Solidaritätserklärung überreicht:

### "Entlassungsproduktivität"

Höchste Zeit für einen "Heissen Herbst"  
Rekordprofite und Massenentlassungen

Unlängst wurde vom Allianz-Konzern ein Rekordjahresüberschuss in Höhe von rd. 4,4 Milliarden Euro verkündet. Der gleiche Konzern gab den geplanten Abbau von über 7000 Stellen bekannt und die Schließung zahlreicher Filialen, u.a. auch in Dortmund. Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein Schlag ins Gesicht. Ihre Existenz und die ihrer Familien wird kalt lächelnd in Frage gestellt. Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst sollen für weiteren Arbeitsplatz- und Lohnabbau ganz im Sinne der Konzernherren genutzt werden. Bei 5 Millionen Arbeitslosen, bei allumfassendem Sozialabbau, unter den menschenverachtenden Bedingungen von Hartz IV, sich ausbreitender Armut, soll die scheinbar so günstige Situation fürs Kapital genutzt werden.

Wenn trotzdem kurz danach die ersten Protestaktionen und Warnstreiks der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft Ver.di angekündigt und erfolgreich durchgeführt wurden, so verdient dieses mutige und mutmachende Verhalten unsere uneingeschränkte Hochachtung und unseren Respekt.

So seltsam es klingen mag: Rekordprofite und gleichzeitige Massenentlassungen sind nichts Neues in der Bundesrepublik Deutschland. Seit Jahren wird der Kurs der Konzerne, Versicherungen und Banken verschärft, wonach der einzig gültige Indikator ihres Handelns die Höhe des erwirtschafteten Profits ist. Ermuntert und assistiert von CDU, FDP, SPD und Die Grünen ist diese Politik auch verantwortlich für die Ausbildungskatastrophe, aber auch für die finanziell katastrophale Situation der Kommunen. Aggressiv gegen Alles und Jeden, der der permanenten Steigerung des Profits im Wege steht, auch gegen die "eigenen" Beschäftigten, deren Arbeit letztlich die Grundlage für die Gewinnrekorde darstellt.

Die Verfassung der BRD, das Grundgesetz, und die Landesverfassung NRW sehen die Möglichkeit vor, Konzerne, Banken und Versicherungen zu vergesellschaften, in Gemeineigentum zu überführen, wenn diese ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen und nicht dem Wohl der Allgemeinheit dienen (Artikel 14.2 GG und Artikel 24/27 LV NRW).

Wir meinen: Lasst uns diese Möglichkeiten endlich anwenden! Wir wissen: Dies wird nicht ohne Diskussionen

und langfristig angelegte Konzepte und Kämpfe möglich sein.

Jede betriebliche und gewerkschaftliche Aktion, die eine Eingrenzung der Konzernmacht erreicht, ist ein wichtiger Schritt. Auch in diesem Sinn solidarisiert sich das "Linke Bündnis Dortmund" mit den begonnenen Kämpfen der Allianz-Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze. Wir unterstützen Euren Kampf und wünschen Euch viel Erfolg!

Das "Linke Bündnis Dortmund – parteilose Linke, DKP und SDAJ" unterstützt alle Bemühungen des DGB und der Einzelgewerkschaften, Politik und Kapital einen "Heissen Herbst" zu bereiten. Gemeinsam kämpfen gegen Arbeitsverdichtung und Arbeitsplatzvernichtung, gegen Lohnabbau und Dumpinglöhne, gegen Sozialabbau und Rentenklaue, gegen Ausbildungsnotstand und Bildungskatastrophe! Wer sich nicht wehrt – lebt verkehrt!

Gemeinsames Flugblatt von Linkes Bündnis Dortmund, Linkspartei.PDS, WASG und DIDF im August:

### Allianz-Konzernchef: "Arbeitslosigkeit als Chance"

Einerseits sei die Schließung von Standorten "ein tiefer Einschnitt in die Lebensplanung unserer Mitarbeiter", andererseits sei das "auch eine Veränderungschance für viele der Betroffenen." Mit diesen Worten wandte sich der Vorstandsvorsitzende der Allianz - Michael Diekmann - in einem Schreiben an die von der Entlassung in die Arbeitslosigkeit bedrohten "lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" des Konzerns. Offensichtlich ist sich der Herr nicht bewusst, dass sie für die Betroffenen blanker Hohn und Zynismus sind.

Allianz ist einer der deutschen Konzerne, die Milliarden an Gewinnen scheffeln und Arbeitslose zu Tausenden schaffen. Die Telekom will 32.000 neue Arbeitslose schaffen, VW stellt 20.000 neue Arbeitslose in Aussicht, Siemens will den "Aufschwung" der Arbeitslosen mit 10.000 Neuen bereichern, die Allianz will 11.000 Arbeitslose hinzu steuern, der Rückversicherer Swiss Re 2.000, Bosch 1.400, der Handy-Hersteller BenQ 500 usw. usw.

Kein Mensch versteht, dass ein Konzern, der einen Nettogewinn von sechs Milliarden Euro macht, trotzdem 11.000 Menschen in die Arbeitslosigkeit schickt. Der Auftrag heißt Vermehrung des Profits. Und den vermehrt der Konzern, wenn es sein muss, auch durch drastische Senkung der Personalkosten, d. h. durch die Vernichtung tausender von Arbeitsplätzen.

Die Vertreter des Kapitals halten die Zeit für günstig, um höhere Profite uneingeschränkt durchzusetzen. Für sie wird der Ausfall der Löhne als Kaufkraft auf dem Binnenmarkt durch gesteigerte Exportfähigkeit und verbesserte Profitbedingungen für die Konzerne ausgeglichen. Die Politik der so genannten "Sozialpartnerschaft" entspricht nicht mehr den objektiven Erfordernissen der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus. Das Kapital hat sich von dem Bemühen verabschiedet, die Arbeitenden in das System zu integrieren durch den Erhalt des "sozialen

Friedens", durch Steigerung der Reallöhne und Entwicklung der Kaufkraft und die Einbindung der Gewerkschaften. An die Stelle der Sozialpartnerschaft sind soziale Polarisierung und Konfrontation getreten.

Ermuntern und assistieren werden die Konzerne von CDU, SPD, FDP und Grünen durch deren Politik aus Befürwortung der Steuergeschenke in Milliardenhöhe an Konzerne und Superreiche auf der einen Seite und auf der anderen Seite Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben, Einführung von erzwungener Arbeit durch Hartz IV und den Angriff auf die Tarifautonomie durch Unterlaufen des Flächentarifvertrages.

Gegen die Angriffe von Kapital und Kabinett müssen die Gewerkschaften die Beschäftigten und auch die Arbeitslosen zum Widerstand mobilisieren und organisieren. Deshalb unterstützen wir die von der Gewerkschaft Verdi durchgeführten und zukünftigen Aktionen, die sich gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze bei Allianz, Commerz- und Dresdner Bank in der BRD und Dortmund richten. Deshalb ist es notwendig dafür zu kämpfen, dass ein Sozialtarifvertrag abgeschlossen wird, der den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahr 2012 fest schreibt, und dass ein Verbot von Massenentlassungen bewirkt wird.

Wir begrüßen und unterstützen die Pläne des DGB, in Dortmund am 12.09. und regional im Oktober 2006 den Herrschenden und ihren Handlangern in den Kabinetten einen heißen Herbst zu bereiten und gegen die „Abzocke bei den Kleinen Leuten“ zu mobilisieren. Das wird die Gelegenheit sein, in Dortmund nicht nur gegen die Pläne des Allianz-Konzerns anzugehen, sondern auch die kapitalistischen Krisenfolgen in dieser Stadt anzuprangern: Mehr als 50.000 Arbeitslose, wachsender Neonazismus, zunehmende Verarmung, Ghettoisierung und Ausgrenzung wachsender Teile der Bevölkerung.

Die Menschen dieser Stadt sollten sich nicht von denen, die behaupten, hier politische Verantwortung zu tragen, mit lauen Resolutionen im Rat der Stadt und das Führen von Geheimverhandlungen abspesen lassen. Verhandlungen über das Schicksal der Menschen müssen öffentlich geführt werden.

Angesichts der Lage in Dortmund ist es nun notwendig, gemeinsame Proteste vorzubereiten gegen alle sozialen Verschlechterungen und eine dauerhafte „heiße Jahreszeit“ auszurufen, die sowohl auf den Straßen und Plätzen als auch in den Betrieben stattfinden wird. Es ist höchste Zeit für einen heißen Herbst!

Übrigens: Die Verfassung der BRD, das Grundgesetz, und die Landesverfassung NRW sehen die Möglichkeit vor, Konzerne, Banken und Versicherungen zu vergesellschaften, in Gemeineigentum zu überführen, wenn diese ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen und nicht dem Wohl der Allgemeinheit dienen (Artikel 14.2 GG und Artikel 24/27 LV NRW). Wir meinen: Lasst uns diese Möglichkeiten endlich anwenden! Wir wissen: Dies wird nicht ohne Diskussionen und langfristig angelegte Konzepte und Kämpfe möglich sein. Es ist höchste Zeit, damit zu beginnen!

#### Alfredo Bauer spricht über seine "Kritische Geschichte der Juden" im Z

Alfredo Bauer untersucht die Geschichte der Juden im Sinne des historischen Materialismus. Und kommt dabei zu Einsichten, die vielfach überraschen werden und jedenfalls auch in der Linken verbreitete Klischees über die jüdische Geschichte gründlich in Frage stellen. Die DKP Dortmund freut sich sehr, Alfredo Bauer empfangen, ihn befragen und mit ihm diskutieren zu können:

Matinée am Sonntag, den 24. September, um 11.00 Uhr

Die Landesregierung hat angedroht, die Versorgungsämter zu schließen und deren Aufgaben den Kommunen zu übertragen. Herr Pogadl erklärte für das Sozialamt Dortmund sofort: ja – aber ohne das Personal, das könne nicht übernommen werden! Ratsmitglied Wolfgang Richter überbrachte eine Solidaritätserklärung:

Dortmund, den 3. Juli 2006

## Solidaritätserklärung an die Beschäftigten des Dortmunder Versorgungsamtes

Mit Bestürzung haben wir von den Plänen der nordrhein-westfälischen Landesregierung (CDU/FDP) erfahren, das Dortmunder Versorgungsamt zum 01.01.2007 aufzulösen. Damit sollen weitere 261 Arbeitsplätze vernichtet und wichtige soziale Leistungen für die Bevölkerung in Frage gestellt werden.

Die Politik der gegenwärtigen Landesregierung NRW's setzt die unsoziale Politik der früheren rot-grünen (SPD/Die Grünen) Landesregierung nicht nur fort, sondern verschärft sie noch weiter. Mit der scheinheiligen Begründung, den Landeshaushalt sanieren zu wollen, wurde und wird die Situation der Beschäftigten unerträglich verschlechtert: Stellenabbau, Arbeitszeitverlängerung, Streichung von Sonderzahlungen, Ausgliederungen und Privatisierungen sind die Maßnahmen. Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, wachsende Arbeitsverdichtung und Verarmung der Arbeitslosen sind die Folgen der gleichen Politik, die nichts unterlässt, um die Situation der Konzerne und der Vermögenden grenzenlos zu verbessern. Motto: Deutschland – ein Paradies für Millionäre und Konzerne!

Bei diesen Plänen spielt die Tatsache, dass die Versorgungsämter wichtige soziale Leistungen erbringen, wohl nur eine verstärkende Rolle. "Weg mit dem sozialen Klimbim!", so ist der Auftrag der Arbeitgeberverbände und entsprechend handeln die meisten Parlamentarier in Bund, Land und Kommune.

Die Beschäftigten des Dortmunder Versorgungsamtes wollen sich nicht mit Arbeitsplatzverlust und drohender Privatisierung abfinden und wehren sich gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft Ver.di.

Und wenn der Dortmunder Sozialdezernent Pogadl (SPD) erklärt, dass die Arbeit des Dortmunder Versorgungsamtes ohne große Probleme von der Kommunalverwaltung übernommen werden könne, so ist dies nicht nur falsch, sondern auch ein Versuch, die Öffentlichkeit, die vom Sozialabbau betroffenen Bürger, bewusst zu täuschen. Die geplante Auflösung dieser Landesbehörde, Teil der neoliberalen Politik, würde zu einem weiteren Sozialabbau führen. Und genau diese neoliberale Politik hat dazu geführt, dass in Dortmund eine Arbeitslosenquote von rd. 17 % existiert, dass über 83.000 Menschen in unserer Stadt offiziell auf die Zahlung von ALG II und Sozialgeld angewiesen sind.

Das "Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" tritt für einen an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Beschäftigten orientierten öffentlichen Dienst ein, gegen Privatisierung, Ausgliederung und Sozialkahl-schlag!

Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der Beschäftigten und wollen dafür wirken, dass die Versorgungsämter erhalten bleiben, soziale Leistungen aus- und nicht abgebaut werden!

In ihrem mutigen Eintreten für Arbeitsplätze und soziale Leistungen wünschen wir den Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg!

WASG, Linkspartei.PDS, Linkes Bündnis Dortmund und DIDF unterstützen gemeinsam die landesweite Volksinitiative gegen die beabsichtigte Privatisierung der Wohnbestände der LEG in NRW und beteiligen sich an der Unterschriftensammlung.

Gemeinsames Flugblatt:

## Kein Verkauf der LEG-Wohnungen!

Kein Verkauf von öffentlichem Wohneigentum an Spekulanten!

Für sichere Wohnungen und Arbeitsplätze!

Die Landesregierung von CDU/FDP möchte die Landes-Entwicklungs-Gesellschaft (LEG) Nordrhein-Westfalen veräußern. Über 60.000 Wohnungen sind im direkten Besitz der LEG, außerdem bestehen Beteiligungen an weit über 50.000 Wohnungen, unter anderem an der Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft (22.500 WE). Außerdem hat die LEG über 1000 Beschäftigte, die in eine ungewisse Zukunft blicken, und versorgt viele kommunale Arbeitgeber mit Aufträgen in der Instandhaltung, bei Restaurations- und Installationsarbeiten. Für Mieter und Mieterinnen ist die LEG eine Stütze, sie sorgt auch für Wohnumfeldverbesserungen, soziale und kulturelle Veranstaltungen.

Bis Mitte Oktober sollen die 66.000 nötigen Unterschriften zur Einreichung der Volksinitiative gegen den Verkauf der LEG in den Landtag gesammelt sein.

Mit Ihrer Unterschrift unterstützen Sie die Sicherung einer angemessenen und preiswerten Wohnraumversorgung.

## Worum geht es in Dortmund?

Ein Gutachten zweier Banken überprüft zur Zeit, wie genau das gesellschaftliche Tafelsilber durch die Landesregierung verschербelt werden kann. In Dortmund besitzt die LEG mit 5.877 Wohnungen noch die meisten Wohnungen in allen NRW-Kommunen, größere Bestände sind in Wickede, Scharnhorst, Dorstfeld und Lanstrop zu finden, die Ruhr-Lippe-Wohnungsgesellschaft (zu 50 % LEG, 50% Rentenversicherungsanstalt) hält in Dortmund über 7.500 Wohnungen und damit ein Drittel ihres gesamten Bestandes, so z.B. in Hörde oder Scharnhorst.

Private Immobilien-Fonds wie "Deutsche Annington" oder "Fortress", die sich über günstige Kredite Geld besorgen, möchten diese Wohnungen aufkaufen. Was sie interessiert, ist eine möglichst hohe Rendite und nicht der günstige Wohnraum für einkommensschwache Gruppen oder das soziale Gefüge in der Wohnumgebung. Bei Verkauf drohen jedoch Mietpreiserhöhungen, Weiterverkauf (nicht zuletzt weil die Landesregierung die Kündigungs-sperrfrist von 8 auf 2 Jahre herabsetzen möchte) und der Verlust von preiswerten Wohnungen.

Linkes Bündnis Dortmund, Linkspartei, WASG und DIDF in Dortmund unterstützen aktiv die Volksinitiative "Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze" gegen den Verkauf der LEG. Mit Mieterverein, Betriebsräten von LEG und Ruhr-Lippe sowie den Mieterinitiativen und -Beiräten sammeln wir Unterschriften für die Volksinitiative. Hauptakteure sind die „Mietervereine Östliches Ruhrgebiet“ und das seit fünf Jahren existierende Bündnis "Zukunft der LEG". SPD und Grüne, der DGB und die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, der deutsche Mieterbund sowie die Architektenkammer NRW sind auch Unterstützer der Volksinitiative.

Ein Blick in den Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AUSW) – Ratsmitglied Wolfgang Richter ist Beratendes Mitglied. Er hat kein Stimmrecht, darf aber Fragen stellen und den Ausschuss beraten. Der Ausschuss des Rates behandelt vor allem die sein Themenfeld berührenden Beschlussvorlagen als Vorbereitung der Sitzungen des Rats.

Zu der Sitzung des AUSW am 23. August hatte Wolfgang Richter Fragen zum Dauerbrenner "3do" gestellt, von dem kein Mensch mehr weiss, ob er überhaupt und wenn ja, was von ihm und wie er realisiert werden wird. Die CDU-Fraktion hatte daraufhin das Thema zu einem Tagesordnungspunkt erhoben und einen Bericht angefordert:

### Neue Fragen zum "3do"

... das so genannte "3do" ist seit längerem in den Hintergrund des allgemeinen Interesses getreten, das sich aktuelleren Superplanungen zugewandt hat. Dem Hörensagen nach wird es aber weiterhin verfolgt, immer mal wieder dringen unzusammenhängende Details an die Öffentlichkeit. Ich rate dazu, dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung einen aktuellen Sachstandsbericht erstatten zu lassen. Gegenstände des Berichts sollten sein:

1. Welchen Stand haben die notwendigen Vertragsunterzeichnungen und welche Vertrags-, Rechts- und Finanzierungsprobleme sind noch zu lösen?
2. Welche Investitionsabsichten sind derzeit für den Konsumsektor und welche für den Unterhaltungssektor im "3do" vorgesehen und gesichert?
3. Welche Änderungen in den Funktionen, im Bauvolumen und in den Konstruktionen haben sich gegenüber der Planung ergeben, die den Genehmigungen zugrunde liegt?
4. Welches Aussehen und welche Gestalt hat das Ensemble nach außen im Stadtraum und nach innen in den Innenräumen nach derzeitigen Planungsstand angenommen?
5. Welchen Stand hat die Bearbeitung der Auflagen des Eisenbahnbundesamtes und welche Folgerungen haben sich aus ihnen ergeben?
6. Machen inzwischen erkennbare oder noch notwendig werdende Änderungen in der Planung eine Erneuerung der erfolgten Verfahren und Genehmigungen erforderlich?
7. Welche Zeitpläne bestehen derzeit für eine evtl. Durchführung und die Anbindung der Verkehrswege – ÖPNV mit U-Bahn, Bus und DB und Auto-, Rad- und Fußwegsysteme?
8. Welche Restriktionen sind in der Bauzeit für diese Verkehrssysteme einzeln und insgesamt zu erwarten?
9. Wie ist das System der Vergabe der Arbeiten geplant und wie wird gesichert, dass das Baugeschehen im Rahmen der Tarifverträge und sonstiger Qualitätsstandards erfolgt?

### Notizen aus der Sitzung des AUSW

Die Anfrage des "Linken Bündnis Dortmund – parteilose Linke, DKP und SDAJ" wurde in versimpelter Form von der CDU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt erhoben! Die angeforderten Berichte wurden allerdings nur vom privaten Entwickler des Projekts gegeben, weder Bahn AG noch Planungsdezernent sahen sich in der Lage zu berichten.

Der Vertreter der Investorin trug vor, dass es jetzt nur um die Auslobung der Arbeiten für die Bahnanlagen gehe. Zur Zeit laufe die europaweite Suche nach Anbietern, zur Zeit hätten sich ca. 30 Interessenten eingetragen. Diejeni-

gen, die das Auswahlverfahren bestünden, würden im Herbst die Ausschreibungsunterlagen erhalten und dann ihre Angebote abgeben. Deren Prüfung würde zu Beginn des nächsten Jahres erfolgen, erst dann könne Sonae für sich die Machbarkeit des Vorhabens erkennen und im positiven Fall die noch fehlenden Unterschriften leisten und die Vergabe vorbereiten. Baubeginn könne danach Mitte 2007 sein. Im Klartext: Erst 2007 erkennt die Investorin, ob die von ihr erwarteten Gewinnmargen haltbar sind und ob sie das Projekt machen will!

Bei der Vorstellung des aktuellen Planungsstandes ergaben sich gravierende Änderungen – Verschlechterungen - gegenüber den Plänen, die Grundlage der fachlichen und politischen Entscheidungen für das Projekt gewesen waren (wobei nur die S-Bahn- und DB-Anlagen in Grundrissen vorgeführt wurden und nichts zum Stand der Entwicklung des Konsum- und Freizeitbereichs und zu den Aufrissen und Querschnitten gezeigt oder gesagt wurde),

U.a.: Der konstruktive Aufwand des Hochbaus über der Bahnhofshalle wurde mit der Verdoppelung der Stützen auf den Bahnsteigen beantwortet – Zitat: "Wir haben das Stützsystem optimiert", von der Optimierung der Raumqualität wurde nicht gesprochen. Im Klartext: Es wird keine lichte Halle geben, sondern einen dichten Stützenwald unter einer Betondecke, eine klassische U-Bahn-Station!

- Der vorgestellte Planungsstand für die Erschließung – die Ver- und Entsorgung - des Projekts an der Nordseite des Hauptbahnhofs verdeutlichte nicht nur, welche benutzerfeindliche Zugangssituation der Hauptbahnhof auf seiner Nordseite haben wird, sondern auch, welche zusätzlichen Belastungen auf die bereits jetzt über den Normen liegende Grüne Straße-Steinstraße zukommen werden. Im Klartext: Diese Erschließung wird so nicht genehmigungsfähig sein!
- Die bauliche Trennung von Bahnanlagen und offenbar weiterhin ungeklärtem Konsum-, Freizeit- und Hotelbereich lässt auch die Variante offen, es bei dem Betondeckel über den Gleisen zu belassen und auf den weiteren Hochbau ganz zu verzichten. Das hat Charme, ließe sich so doch eine schöne Freifläche über dem Bahnhof schaffen. Es kann auch irgendetwas - gerade Rentierliches - über dem Hauptbahnhof realisiert werden. Im Klartext: Der beschlossene städtebauliche und Bauentwurf ist Makulatur!

Der Planungsdezernent hatte nichts zu berichten, jedoch wurde das Immobilienmanagement der Stadtverwaltung fündig: es werde überlegt, Baubüros und ggf. andere gewerbliche Zwischennutzungen im Dortberghaus unterzubringen – da war vor Jahren das Planungamt ausgezogen, um die Umnutzung des Baudenkmals zu einem Luxushotel möglich zu machen. Ein schönes Sinnbild für Stadtplanung und –entwicklung im Dortmund von Dr. Langemeyer, Mager und Sierau.

Die Fragen, die gestellt waren, wurden nicht beantwortet. Nun werden sie auch im Rat der Stadt gestellt sein. Der Planungsdezernent sagte tatsächlich, die Beantwortung würde seinen Mitarbeitern so viel Arbeit machen, dass er sich überlege, überhaupt antworten zu lassen. In Wahrheit sind es Fragen, die dem Träger des politischen Amtes gestellt sind – so sie zu beantworten ihm unangenehm ist, verweist er auf überlastete Mitarbeiter.

Wer "Informationen und Positionen" nicht mehr erhalten möchte, kann sie abbestellen, schade! Wer sie gern liest, kann uns kritisieren, loben, unterstützen, spenden, schön!

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Dortmund hat ein Gutachten bestellt und der Öffentlichkeit vorgestellt, das die "Notwendigkeit" einer Aufrüstung des viel zu kleinen Flughafens in Wickede erneut "nachweist".

Befürworter und Gegner des Ausbaus des Flughafens erneuern ebenfalls ihre Positionen. So auch Wolfgang Richter, Ratsmitglied für "Linkes Bündnis Dortmund":

Dortmund, den 25. August 2006

## Erklärung zum neuen Anlauf, den Flughafen zu erweitern

Ganz alte "Argumente" in ganz neuem Gewand – die IHK hat den Anfang gemacht, ein willfähiges Gutachten ist da. Nun werden all die Befürworter der "notwendigen" Ausweitung des Flugbetriebes - räumlich, zeitlich, lärmend und luftverschmutzend – einer nach dem anderen wieder aus ihren Löchern kommen. Die Zeit ist günstig – ein Hauch von "Aufschwung", da wollen alle gleich hoch hinaus! Wahlen sind noch weit genug weg, da lässt sich

manches Versprechen schnell noch "korrigieren" – man muss ja nicht gleich bauen, aber die Weichen lassen sich jetzt gut stellen!

Alte Pläne und neu erwachte Begehrlichkeiten – das riecht nach Verhandlungen im Hintergrund. "Wirtschaftlichkeit" wird neu berechnet, Abwälzung der erwartbaren Dauerverluste auf die Steuer- und Gebührenzahlenden wird neu ausgehandelt, Verniedlichung der zunehmenden Umwelt- und Gesundheitsbelastungen wird neu ausgemalt, Computeranimationen und Hochglanzprospekte werden neu designt und erhalten schöne Vorworte. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wird jetzt vorbereitet, was die Politik zum geeigneten Zeitpunkt als "unumgänglich" darstellen wird.

Für das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" fordere ich rückhaltlose Aufklärung der Öffentlichkeit über alle Absichten, Verhandlungen und Absprachen der Beteiligten und warne davor, die berechtigten Interessen der Anwohnenden – ihre Zahl würde noch immens anwachsen, wenn Erweiterungspläne realisiert würden - zu missachten.

### 1. September - Antikriegstag

Kundgebung um 17.30 Uhr auf dem Nordmarkt

Am 1. September 1934 weigerte sich der verrentete Bergmann Wille hier, die von SA-Leuten präsentierte Hakenkreuzfahne zu grüßen: "Den Lappen habe ich noch nie begrüßt!" Ihm, der damals von den SA-Horden zu Tode geprügelt wurde, zu Ehren erinnert die SDAJ an ihren Vorschlag, dem Nordmarkt oder einem anderen Platz in der Nordstadt einen Namen zu geben: Opa-Wille-Platz.

Veranstalterin: SDAJ Dortmund

Unterstützer/innen: Dortmunder Friedensforum, DKP Dortmund, Linkes Bündnis Dortmund, DIDF Dortmund, Linkspartei.PDS Dortmund, WASG Dortmund

### 2. September

Widerspruch gegen geplanten Aufmarsch  
von Neonazis am Südbad

Am 2. September wollen Neonazis den Antikriegstag mißbrauchen und einen Aufmarsch durchführen. Zur Zeit sieht es so aus, als würde die Polizei ihnen eine Route vom S-Bahnhof Südbad aus freihalten: Vom Südausgang zur Saarlandstraße zur Ernst-Mehlich-Straße zur Feldstraße zur Karl-Marx-Straße zur Hansbergstraße zur Landgrafensstraße zur Ruhrallee und Saarlandstraße zurück zum Südausgang. Das ist der Plan.

Viele antifaschistische und demokratische Gruppen haben Widerspruch angemeldet und wollen die Provokation nicht hinnehmen. Ein Treffpunkt: "Bündnis Dortmund gegen Rechts" um 12.00 Uhr Ecke Friedens-/Landgrafensstraße.

Bündnis Dortmund gegen Rechts

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Schulze, namens des "Bündnis Dortmund gegen Rechts" möchte ich Sie dringend bitten, den geplanten Aufmarsch der Nazis am 2. September zu verbieten.

Wir möchten daran erinnern, welche Empörung der Naziaufmarsch zum Antikriegstag im vorigen Jahr bei Bürgerinnen und Bürgern, Antifaschisten und Friedensfreunden ausgelöst hat. Das "Nie wieder Krieg" ergänzten die Nazis auf ihre Weise, nämlich "- nach unserem Sieg!", dem Sieg des "Nationalen Sozialismus", und sie wünschten dem jüdischen Volk das Himmelreich als Heimstätte.

Wir finden es unerträglich, dass die, die den Holocaust

leugnen, die Verbrechen der Wehrmacht verherrlichen, ein Deutschland in den Grenzen von 1937 fordern und "Ruhm und Ehre der Waffen SS!" skandieren, den Antikriegstag am 1. September mit ihrem Aufmarsch einen Tag später verunglimpfen wollen.

Der 1. September, an dem heute vor 67 Jahren mit dem Überfall auf Polen der furchtbare 2. Weltkrieg begann, mahnt zu Frieden und Völkerverständigung. Der Militarismus, Revanchismus, Antisemitismus und Rassismus der Nazis steht dazu in eklatantem Widerspruch. Ersparen Sie den Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt diese ungeheure Provokation.

Mit freundlichem Gruß für das "Bündnis Dortmund gegen Rechts" Ursula Richter

### IGM Delegiertenversammlung

An den Dortmunder Polizeipräsidenten, an die Dortmunder Medien, an die Dortmunder Mitglieder der IG Metall, an die Dortmunder Gewerkschaften, an die Parteien und Organisationen

#### Resolution

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Dortmund spricht sich entschieden gegen den Nazi-Aufmarsch am 2. September in Dortmund aus.

Der von den Nazis als Antikriegsveranstaltung deklarierte Aufmarsch in Verbindung zum Antikriegstag unter der Überschrift. „Gegen imperialistische Kriege“ ist der Gipfel einer demagogischen Verlogenheit. Wer die Taten faschistischer Kriegsverbrechen heroisiert, wer „Ruhm und Ehre der Waffen SS“ skandiert, ist niemals ein Kriegsgegner.

Wir fordern ein Verbot des Nazi-Aufmarsches!

Dazu haben wir mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass aus „Sicherheitsbedenken“ Protestbekundungen im Innenring des Nazi-Rundmarsches nicht genehmigt werden. Wir können dazu nur feststellen: Wenn es Sicherheitsbedenken gibt, dann muss der Polizeipräsident den Nazi-Aufmarsch verbieten.

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Dortmund fordert alle Mitglieder und die Bürgerinnen und Bürger Dortmunds auf, sich aktiv an den Gegenveranstaltungen gegen den Nazi-Aufmarsch am 2. September zu beteiligen.

Einstimmig so beschlossen - IG Metall Delegiertenversammlung Dortmund, den 24. August 2006